



Projektland: Bulgarien

**Quartal/Jahr: Oktober - Dezember
2010**

1. Schlagzeilen

- Am 11. Oktober weilte die Bundeskanzlerin **Angela Merkel** auf Einladung des bulgarischen MP **Boiko Borisov** zu einem eintägigen offiziellen Besuch in Sofia. Hauptthemen der Gespräche mit ihrem bulgarischen Kollegen waren die Sozial- und Gesundheitsreform in Bulgarien, die Bekämpfung der OK und der Korruption. An der anschließenden Pressekonferenz äußerte sich Frau Merkel nicht definitiv über die deutsche Position zur angestrebten Schengen-Mitgliedschaft Bulgariens. Sie versprach, dass die Bereitschaft des Landes ehrlich und gerecht bewertet würde.
- Am 20. Oktober weilte MP Boiko Borisov mit einer Regierungsdelegation in München. Er traf dort den bayerischen Ministerpräsidenten **Horst Seehofer**, der die Reformpolitik und Reformbemühungen der bulgarischen Regierung lobte und eine Unterstützung für den Schengen-Beitritt Bulgariens in Aussicht stellte. Der bulgarische MP Borisov wurde zu einem Abendessen von dem Vorsitzenden der Hanns-Seidel-Stiftung Dr.h. c. mult. **Hans Zehetmair** eingeladen.
- Am 21. Dezember wurde der Inhalt des deutsch-französischen Briefs an die Europäische Kommission für notwendige Verschiebung des Schengen-Beitritts Rumäniens und Bulgariens bekannt gegeben. Die Innenminister von Deutschland und Frankreich haben darin den geplanten Beitritt beider Länder im März 2011 als „verfrüht“ bezeichnet. Eine positive EU-Ratsentscheidung für den Schengen-Beitritt Bulgariens und Rumäniens ist Anfang nächsten Jahres angesichts der Positionen Deutschlands, Frankreichs und anderer EU-Länder nicht zu erwarten.
- Die neuen Freisprüche von Politikern mit Korruptionsanklagen und von bekannten „Geschäftsleuten“ mit Anklagen wegen OK werden zweifellos neue Anlässe für Kritiken an der Ueffizienz der bulgarischen Justiz geben.

1. Außenpolitische Entwicklung

Am 11. Oktober weilte die Bundeskanzlerin Angela Merkel auf Einladung des bulgarischen MP Boiko Borisov zu einem eintägigen offiziellen Besuch in Sofia. Hauptthemen der Gespräche mit ihrem bulgarischen Kollegen waren die Sozial- und Gesundheitsreform in Bulgarien, die Bekämpfung der OK und der Korruption. An der anschließenden Pressekonferenz äußerte sich Frau Merkel nicht definitiv über die deutsche Position zur angestrebten Schengen-Mitgliedschaft Bulgariens. Sie versprach, dass die Bereitschaft des Landes ehrlich und gerecht bewertet würde.

In Sofia wurde die Bundeskanzlerin auch von dem bulgarischen Staatspräsidenten **Georgi Parvanov** empfangen. Dabei hat er ihr den höchsten bulgarischen Orden „Stara Planina“ verliehen - für ihre Verdienste um die Entwicklung der deutsch-bulgarischen Beziehungen und dafür, dass sich Deutschland für die Befreiung der bulgarischen Krankenschwestern aus der Haft in Libyen eingesetzt hatte.

Am 20. Oktober weilte MP Boiko Borisov mit einer Regierungsdelegation in München. Er traf dort den bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer, der die Reformpolitik und Reformbemühungen der bulgarischen Regierung lobte und eine Unterstützung für den Schengen-Beitritt Bulgariens in Aussicht stellte. Der bulgarische MP Borisov wurde zu einem Abendessen von dem Vorsitzenden der Hanns-Seidel-Stiftung Dr.h. c. mult. Hans Zehetmair eingeladen.

Am Samstag, den 13. November, kam der russische Ministerpräsident **Vladimir Putin** zu einem eintägigen Besuch nach Sofia. Seine Visite, bei der wichtige Entscheidungen im Energiebereich von den Gesprächen mit seinem bulgarischen Kollegen Boiko Borisov erwartet wurden, war nur zwei Wochen vorher angekündigt worden. Das wichtigste Ergebnis war die Unterzeichnung eines russisch-bulgarischen Abkommens über die Gründung einer Aktiengesellschaft für die Planung und den Bau der Gasleitung „South Stream“, in der Gazprom und das Bulgarische Energieholding je 50 % der Aktien besitzen. Durch dieses Abkommen wird „grünes Licht“ für „South Stream“ gegeben. Das Konkurrenzprojekt „Nabuko“ wird hierzulande nicht rege kommentiert.

Zwei Wochen nach Putins Besuch wurde in Sofia ein Memorandum über die Gründung einer Aktiengesellschaft für Projektierung und Bau des AKW „Belene“ von der russischen Gesellschaft „Rosatom“ und der bulgarischen Regierung unterzeichnet. Bulgarien wird 51 % der Aktien besitzen, „Rosatom“ 43 %. Die restlichen Prozente sollten privaten Konzernen angeboten werden. Zwei Interessenten wurden bereits offiziell erwähnt – die französische „Altran“ und die finnische „Fortum Corporation“.

Laut dieses Memorandums soll die Aktiengesellschaft nach spätestens vier Monaten gegründet werden, nach sechs Monaten sollte der Bauvertrag unterzeichnet werden. Der erste Reaktor soll 2016 in Betrieb genommen werden.

Das erste Memorandum zwischen Bulgarien und Russland über den Bau eines AKW in Belene für den Preis von 3,997 Milliarden Euro wurde in Sofia im Januar 2008 russischerseits von Vladimir Putin, damals Staatspräsident von Russland, unterzeichnet. Seitdem ist dieses Projekt Auslöser heftiger politischer Diskussionen hierzulande, wobei die Höhe des vereinbarten Preises zur wichtigsten Streitfrage und Gegenstand von zähen Verhandlungen zwischen Bulgarien und Russland wurde. Im dem bilateralen Memorandum von 2008 war eine Anpassung des Preises in Bezug auf den bulgarischen Inflationsindex vom Jahr des Abschlusses der Bauarbeiten vereinbart. So verlangte Russland eine entsprechende Preiserhöhung auf mindestens 6,5 Milliarden Euro, wenn das AKW im Jahr 2016 fertig sein würde.

Im neuen Memorandum wurde ein geringerer Preis - 6,298 Milliarden Euro für den Bau des AKW vereinbart.

Nach der Unterzeichnung dieses Memorandums wurden viele kritische Meinungen geäußert. Die Sozialisten meinten der Preis sei zu hoch und übten Kritik an angeblich schlecht geführten Verhandlungen, die UDK und die DSB bemängelten die, aus ihrer Sicht, wirtschaftliche Uneffizienz des Projekts und die totale Energieabhängigkeit von Russland.

Im Oktober wurde bekannt, dass der neu geschaffene Europäische Auswärtige Dienst Filip Dimitrov als EU- Botschafter nach Georgien entsenden wird. **Filip Dimitrov** war

Ministerpräsident der ersten bulgarischen demokratischen Regierung der Union der demokratischen Kräfte (UDK) und später bulgarischer Botschafter in den USA.

Am 2. November wurde **Dilma Rusev**, Brasilianerin mit bulgarischer Abstammung, zur neuen Staatspräsidentin von Brasilien gewählt.

Am Ende des Jahres reiste Boiko Borisov nach Brasilien, um als offizieller Staatsgast an der Zeremonie des Amtsantritts der neuen brasilianischen Staatspräsidentin am 1. Januar 2011 teilzunehmen. Rusev hat Borisov zwei Tage zuvor zum unoffiziellen Gespräch empfangen. Sie erhielt dabei als Geschenk den Stammbaum ihrer bulgarischen Vorfahren. Frau Rusev nahm die Einladung des bulgarischen Ministerpräsidenten an, Bulgarien im Oktober 2011 zu besuchen.

Die WAZ - Mediengruppe hat sich aus Bulgarien zurückgezogen. Sie verkaufte die beiden größten Tageszeitungen "Trud" und "24 Stunden" (Marktanteil über 50 %), die sie besaß, an "BG Privatinvest" GmbH – eine Gruppe aus bulgarischen und österreichischen privaten Investoren. Gründe dafür wurden nicht genannt. Dieser Deal steht im Zusammenhang mit dem Rückzug der WAZ- Mediengruppe aus einigen osteuropäischen Ländern (z.B. Serbien).

Am 21. Dezember wurde der Inhalt des deutsch-französischen Briefs an die Europäische Kommission für notwendige Verschiebung des Schengen-Beitritts Rumäniens und Bulgariens bekannt gegeben. Die Innenminister von Deutschland und Frankreich haben darin den geplanten Beitritt beider Länder im März 2011 als "verfrüht" bezeichnet. Sie verwiesen auf die mangelnden Fortschritte Bulgariens und Rumäniens im Kampf gegen die Korruption und die organisierte Kriminalität. Offene Grenzen zu Rumänien und Bulgarien könnten daher "gravierende Konsequenzen für die innere Sicherheit der EU haben". Eine Entscheidung könne daher erst nach "erkennbaren und nachhaltigen Fortschritten" getroffen werden.

Im Unterschied zu der heftigen Reaktion Rumäniens, äußerte die bulgarische Regierung die Meinung, dass das Land "alles tun werde, um die Zweifel zu zerstreuen" und bis März 2011 die technischen Voraussetzungen zu erfüllen.

Nach offizieller Stellungnahme der Europäischen Kommission gäbe es keinen Zusammenhang zwischen den Fragen der Justiz und der Kriminalitätsbekämpfung und der Erfüllung der Voraussetzungen für den Schengen-Beitritt. Eine positive EU-Ratsentscheidung für den Schengen-Beitritt Bulgariens und Rumäniens ist aber Anfang nächsten Jahres angesichts der Positionen Deutschlands, Frankreichs und anderer EU-Länder nicht zu erwarten.

Die Ergebnisse der letzten EU-Inspektion zur technischen Vorbereitung Bulgariens sollen am 20. Januar bekannt gegeben werden, dennoch kamen Ende des Jahres Informationen, dass die Bewertung für die bulgarisch-türkische Grenze negativ sein werde.

Der bulgarische Innenminister hat wieder betont, dass bis März 2011 alle technischen Mängel behoben würden und dass sich Bulgarien weiterhin einen Beitritt zum Schengenraum bis Ende 2011 als Ziel setze. Nach verbreiteter Meinung der Experten bleibt der Schengenbeitritt Bulgariens und Rumäniens im Herbst dieses Jahres eine realistische Perspektive. Entscheidende Rolle wird der Monitoringbericht der Europäischen Kommission im Juni 2011 über die Fortschritte mit der Justizreform und über den Grad der Zielerreichung bei der Bekämpfung der OK und der Korruption haben.

2. Innenpolitische Entwicklung

Am 11. November gründete der Staatspräsident Georgi Parvanov seine, schon seit langer Zeit angekündigte, Bürgerbewegung unter dem Namen "ABV". Sein zweites Mandat als Staatspräsident endet im Januar 2011 und laut Verfassung darf er nicht mehr kandidieren. Ob die neue Bürgerbewegung des früheren Vorsitzenden der Sozialistischen Partei Bulgariens diese Partei unterstützen wird, oder sich in Zukunft in eine neue linke politische Formation verwandelt, steht zur Zeit unter Fragezeichen.

Proteste gegen die gekürzten Haushalte für 2010 und 2011 und die mangelnde Finanzierung gab es im Oktober und November an Universitäten und an der Bulgarischen Akademie der Wissenschaften, zur gleichen Zeit protestierten auch Ärzte und Polizisten.

In den letzten Monaten des Jahres wurden wichtige Sozialreformen (Rentenreform, Finanzierung des Gesundheitswesens, neue Urlaubsregelung etc.) realisiert. Sie wurden von heftigen Protesten verschiedener Bürgergruppen und Gewerkschaften begleitet.

In den letzten 10 Jahren stieg das Defizit des Nationalen Versicherungsinstituts zehnmals und übersteigt nun 1 Milliarde Euro. So muss jedes Jahr ein größerer Teil der Renten von dem Staatshaushalt finanziert werden.

Nach langen Verhandlungen mit Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen beschloss die Regierung eine langfristige Rentenreform. Ab dem nächsten Jahr, 2011, werden die Rentenversicherungsbeiträge um 1,8 % steigen.

Maßgebend für die Pensionierung wird nur die Anzahl der Dienstjahre sein. Das bisherige „Punktesystem“ (Summe von Dienst- und Lebensjahren) wird aufgehoben.

Ab 2012 steigt jährlich die für die Pensionierung notwendige Dienstzeit um 4 Monate - von 34 auf 37 Jahre für Frauen und von 37 auf 40 Jahren für Männer. Außerdem wird das Rentenalter stufenweise von 60 auf 63 Jahren für Frauen und von 63 auf 65 Jahren für Männer steigen.

Man hofft, dass diese Reform langfristig finanziell das Rentensystem stützen wird.

Am letzten Arbeitstag vor den Weihnachtsferien wurde im Parlament ein neues Wahlgesetzbuch verabschiedet. Es soll die zahlreichen Wahlgesetze ersetzen; das war eines der wichtigen Wahlversprechen der regierenden Partei GERB.

Einige Texte in den neuen Wahlgesetzen riefen heftige politische Debatten und Vorwürfe der Opposition hervor. Diese meint, die neuen Wahlgesetze seien ein Rückschritt von der Demokratie und der Dezentralisierung. Kritisiert wird, dass nur Ortschaften mit Bevölkerung über 350 Einwohner direkt ihre Bürgermeister wählen dürfen (bislang waren es solche mit über 150 Einwohnern), dass die Bezirksbürgermeister in Sofia und in den Großstädten von den jeweiligen Stadträten und nicht direkt vom Volk gewählt werden.

Die Argumente für diese Änderungen sind – effizientere Regierung der Gemeinden, Bezirksbürgermeister hätten zu wenige Kompetenzen.

Auf heftigsten Widerstand der BRF (Türkenpartei) stößt die neue Regelung, dass wahlberechtigt in ihren Wohnorten nur bulgarische Bürger sind, die dort ihren festen Wohnsitz in den letzten 12 Monaten hatten. Diese Regelung wird den bislang weit verbreiteten "Wahltourismus" bulgarischer Türken mit Wohnsitz in der Türkei unmöglich machen (geschätzte 230 000 Wähler der Türkenpartei).

Im Oktober entschied die erste Instanz des Obersten Verwaltungsgerichts, dass Ahmed Dogan, Vorsitzender der BRF, nicht im Interessenkonflikt wegen seines Millionenhonorars für ein Hydroingenieurprojekt steht (s. III QB 2010). Die Entscheidung der zweiten Gerichtsinstanz wird im Januar 2011 erwartet.

Die neuen Freisprüche von Politikern mit Korruptionsanklagen und von bekannten „Geschäftsleuten“ mit Anklagen wegen OK werden zweifellos neue Anlässe für Kritiken an der Uneffizienz der bulgarischen Justiz geben (s. II QB 2010).

Die befürchteten „Mafiabosse“, die Brüder Galevi, wurden in allen Anklagepunkten (Erpressung, Betrüge etc.) freigesprochen. Ihre Namen wurden bekannt, als sie durch ihre Kandidaturen bei den Parlamentswahlen 2009 Immunität erlangten und aus der Untersuchungshaft entlassen werden mussten.

Ebenfalls freigesprochen wurde der im April verhaftete frühere Verteidigungsminister Nikolai Zonev (s. II QB 2010) und der frühere Direktor des Staatlichen Fonds „Landwirtschaft“ Asen Drumev, bei dem die SAPARD- Mittel für Bulgarien eingefroren wurden.

HERAUSGEBER: CHRISTIAN J. HEGEMER, LEITER IBZ
 AUTOR: BOGDAN MIRTSCHEV, PROJEKTLEITER BULGARIEN
 LAZARETTSTR. 33 – 80636 MÜNCHEN –
 TEL.: +49 (0)89 1258-369 – FAX: +49 (0)89 1258-359
 E-MAIL: MIRTCHEV@HSS.DE – HOMEPAGE: WWW.HSS.DE
 ERSTELLT AM: 12.01.2011